

POLITIK FÜR BERLIN

WILLY BRANDT 1957 – 1966

Festveranstaltung der
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998
im Rathaus Schöneberg zu Berlin

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 2

Herausgeber:
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Der Vorstand:
Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß (Vorsitzender)
Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Gregor Schöllgen

Redaktion:
Dr. Wolfram Hoppenstedt, Carsten Tessmer

© 1999 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (2. Aufl.)
im Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
D-10825 Berlin
Tel.: 030/787707-0
EMail: info@willy-brandt.org
Internet: <http://www.willy-brandt.org>

Gestaltung:
Fürstenberg Kommunikation & Design,
Muhr am See
Realisation und Druck:
Druckerei Wenng GmbH, Dinkelsbühl

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 1999

ISSN 1434-6176
ISBN 3-933090-01-6

Inhalt

Willy Brandt – Stationen seines Lebens	4
Vorwort des Vorstandsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß	7
Grußwort des Kuratoriumsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung Bundespräsident a. D. Dr. h. c. Walter Scheel	11
Grußwort des Vorstehers der Bezirksverordneten- versammlung von Berlin-Schöneberg Rainer Kotecki	17
Zur Umbenennung des Bürgersaals in Willy-Brandt-Saal Rede der Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Schöneberg Dr. Elisabeth Ziemer	19
Es ging um Deutschland und Europa Willy Brandt und seine Politik für Berlin 1957 bis 1966 Vortrag des Regierenden Bürgermeister a. D. Dr. h. c. Klaus Schütz	23
Artikel des Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Willy Brandt, für das „Hamburger Journal“	39

Willy Brandt – Stationen seines Lebens

1913	In Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933-1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945-1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949-1957 und 1961	Berliner Vertreter im Deutschen Bundestag
1950-1969	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, von 1955-1957 dessen Präsident
1957-1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964-1987	Vorsitzender der SPD
1966-1969	Bundesaußenminister
1969-1992	Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1969-1974	Bundeskanzler
1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976-1992	Vorsitzender der Sozialistischen Internationale
1977-1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979-1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987-1992	Ehrevorsitzender der SPD
1992	In Unkel bei Bonn verstorben



Foto: Bundesbildstelle (WBA AdsD FES)

„Wie ich Berliner wurde? – Weil ich mich hineingestellt sah in eine Stadt, die in besonderem Maße eine Idee verkörpert, die große Aufgaben stellt und ernste Verpflichtungen auferlegt.“

Willy Brandt, 1957



Foto: Landesbildstelle Berlin (WBA AdsD FES)

Sitzung der drei westalliierten Stadtkommandanten von Berlin, General Peel Yates (Großbritannien), General Franklin (USA) und General Binoche (Frankreich), mit dem Regierenden Bürgermeister, Willy Brandt, am 8. April 1965

Vorwort des Vorstandsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß

Der Bundesgesetzgeber hat die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Jahre 1994 mit Sitz in Berlin errichtet. Zu diesem Zeitpunkt war Berlin wieder zur deutschen Hauptstadt im Herzen Europas geworden. Entscheidend für die einmütige Wahl des Stiftungsortes war jedoch die Bedeutung, die die Stadt Berlin für das Leben, das politische Denken und Handeln Willy Brandts nach seiner Rückkehr aus der erzwungenen Emigration hatte.

Dabei ist dem jungen Willy Brandt in den Jahren der Weimarer Republik die Spreemetropole, wie er später selbst schrieb, fremd geblieben. Und die Umstände seines ersten längeren Aufenthalts in der deutschen Hauptstadt, in die ihn, getarnt als norwegischer Student, 1936/37 der Widerstand gegen die NS-Diktatur führte, konnten kein Gefühl besonderer Verbundenheit mit der Stadt entstehen lassen. Die allgegenwärtige Bedrohung für Leib und Leben des Regimegegners war zu groß.

Auch unmittelbar nach Kriegsende zog es Willy Brandt, der – von den Nazis ausgebürgert – im Exil norwegischer Staatsbürger geworden war, nicht sofort nach Berlin. Sein Weg führte ihn zunächst in seine zweite Heimat Norwegen, die ihm in der Not Zuflucht und Schutz gewährt hatte. Als Korrespondent für norwegische Zeitungen kam Brandt Ende 1945 ins zerstörte Deutschland zurück.

Unter dem Eindruck des Freiheitswillens der Berliner Sozialdemokraten, die sich 1946 trotz aller Lockungen und Drohungen gegen die Vereinigung mit der KPD ausgesprochen hatten, verspürte Brandt erstmals den Wunsch, auf Dauer an die Spree zu gehen: „Jetzt sollte man in Berlin sein“, schrieb er in der Rückschau auf jenes Jahr. „Mit ‚man‘ meinte ich mich.“

Doch damals schien Brandts berufliche Zukunft in andere Richtungen zu weisen: Norwegischer Presseattaché in Paris, Bürgermeister von Lübeck, Leiter der politischen Redaktion

des Deutschen Nachrichtenbüros in Hamburg, das waren die Angebote, unter denen Willy Brandt im Herbst 1946 zu wählen hatte. Der Zufall wollte es, daß der norwegische Außenminister, Halvard Lange, umdisponierte und Brandt statt Paris den Posten des Presseattachés der norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin anbot. Brandt rückblickend: „Berlin – das gab den Ausschlag. Ohne Überlegung nahm ich das Angebot an.“

Der Wechsel nach Berlin markiert einen tiefen Einschnitt im politischen Leben Willy Brandts. Der Hitler-Flüchtling kehrte endgültig nach Deutschland zurück und beschloß, den Journalismus aufzugeben und sich voll und ganz der aktiven Politik zu widmen. Willy Brandt beschritt damit, beginnend in Berlin, einen Weg, der ihn bis in das Amt des Bundeskanzlers und des SPD-Vorsitzenden führen sollte.

An der Seite Ernst Reuters verfocht er – 1948 als Verbindungsmann des SPD-Parteivorstands in der alten Hauptstadt, seit 1949 als Berliner Vertreter im Deutschen Bundestag und seit 1950 als Mitglied des Abgeordnetenhauses – die Interessen der Stadt. Berlin litt nach wie vor

schwer unter den Folgen des Krieges und geriet während des Kalten Krieges an der Nahtstelle zwischen Ost und West immer wieder zwischen die Fronten. In kurzer Zeit erwarb sich Willy Brandt, so urteilt seine Biographin Carola Stern, „den Namen, den die Welt kennt“. Aus Willy Brandt wird Willy.“ Seit 1955 stand Willy Brandt dem Abgeordnetenhaus im Rathaus Schöneberg als Präsident vor, zwei Jahre später, im Oktober 1957, wurde er zum Regierenden Bürgermeister gewählt. „Wir Berliner und Berlinerinnen wollen nur einen Berliner als Regierenden – Willy Brandt“, schrieb eine Berlinerinnen kurz vor der Wahl an das Abgeordnetenhaus. In den Augen der Bevölkerung war der gebürtige Hanseat aus Lübeck, der kaum mehr als zehn Jahre an der Spree lebte, zum Berliner geworden. Tatsächlich hatte, wie Hans Höppner Ende 1966 in der „Spandauer Volkszeitung“ notierte, „seit Ernst Reuter keiner den politischen Sinn und das Herz der Berliner so stark auf seiner Seite wie Willy Brandt.“

Berlin wurde zum Prüfstein und zur Herausforderung für die politischen Konzepte Willy Brandts. Der besondere Status der Stadt und ihre Insellage

brachten es mit sich, daß sich hier gewissermaßen Weltpolitik im Kleinen vollzog. Der Regierende Bürgermeister war nicht nur Stadtoberhaupt, er war auch Deutschland- und Außenpolitiker.

Brandt zeigte sich dieser Aufgabe hervorragend gewachsen. Unermüdet warb er im In- und Ausland um Unterstützung der Stadt und ihrer Bewohner. In der Berlin-Krise wurde er so zum Symbol für die Entschlossenheit der Berliner, ihre Freiheit zu wahren.

„Ich bin ein Berliner“ – mit diesem Bekenntnis zu Berlin bekräftigte Präsident John F. Kennedy bei seinem Besuch im Juni 1963 die amerikanische Unterstützung für die Politik des Regierenden Bürgermeisters. Und diese Politik mußte angesichts der im August 1961 von den ostdeutschen Machthabern und der sowjetischen Vormacht errichteten Mauer neue Wege beschreiten, sollte die Einheit der Nation gewahrt werden. Überzeugt von den überlegenen Werten, die für den freien Teil Deutschlands von Anfang an bestimmend waren, suchte Willy Brandt zusammen mit Egon Bahr und Klaus Schütz, durch eine Politik der kleinen Schritte die Verbindung zwischen den

Menschen in Ost und West zu erhalten und zu stärken. Ihm war erklärtes und mit ganzem Herzen verfolgtes Ziel, „der einzelnen Menschen und des Bestandes der Nation wegen Pfade und Gassen der Menschlichkeit zu bahnen, wenn und wo es immer möglich sei, durch Stacheldraht und Mauer hindurch.“ In Berlin stand die Wiege der Neuen Ost- und Deutschlandpolitik. Hier hatte sie sich bewährt, bevor sie zum Markenzeichen der sozialliberalen Bundesregierung mit Willy Brandt an der Spitze wurde.

Mit dieser Entwicklung hat sich zugleich eine große Hoffnung der Berlinerinnen und Berliner erfüllt: Willy Brandt möge auch in Bonn, wo er im Dezember 1966 das Amt des Bundesaußenministers und Vizekanzlers übernahm und knapp drei Jahre später zum Bundeskanzler gewählt wurde, mit Berlin verbunden bleiben und für die Belange der Stadt eintreten.

Berlin blieb Willy Brandt zeitlebens ein Herzensanliegen. Auch in dem Moment, in dem sich am 9. November 1989 mit dem Fall der Mauer der Kreis seines politischen Lebens schloß, galt sein Gedanke der Stadt, die ihn und seine Politik für Frieden, Freiheit und Einheit

entscheidend geprägt hatte: „Berlin wird leben.“ Und für Willy Brandt stand fest, daß allein Berlin Hauptstadt und Sitz für Regierung und Parlament im vereinten Deutschland sein konnte: „Deutschlands Stellung in dem sich ökonomisch und politisch ausdehnenden Europa wird nicht daran gemessen werden, wie kilometernah unsere Hauptstadt bei Brüssel liegt. Deutschland bleibt nicht der Osten vom Westen, sondern es wird zur neuen Mitte Europas. Berlin liegt da gut, auf beide Schienen bezogen: Nord-Süd und West-Ost.“

Die Verbundenheit Willy Brandts mit Berlin reicht über sein erfülltes Leben hinaus. Es war sein Wunsch, auf dem Waldfriedhof Zehlendorf begraben zu werden, neben dem Grab Ernst Reuters. Was Brandt einst über Reuter geschrieben hat, trifft zu einem guten Teil auch auf ihn selbst zu: „Mich überzeugte die ruhige, vertrauenserweckende Art, durch die er

den Berlinern in der Zeit ihrer großen Bedrängnis eine verlässliche Führung gab. Er sah in Berlin den Hebel der deutschen Nachkriegsentwicklung und verlieh der gequälten Stadt damit einen Rang, der ihr nicht mehr automatisch zukam – doch er half ihr zu überleben.“

Für die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung stand außer Frage, daß sich die erste Veranstaltung ihrer Vortragsreihe der Politik Willy Brandts in und für Berlin widmen sollte.

Kuratorium und Vorstand der Stiftung schätzen sich glücklich, daß sie mit Dr. h. c. Klaus Schütz, der selbst von 1967 bis 1977 als Regierender Bürgermeister die Interessen dieser Stadt vertrat, einen engen politischen Weggefährten Willy Brandts für den Festvortrag gewinnen konnten. Seine Rede ist wie alle anderen Beiträge zu der Veranstaltung in diesem Heft der Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung dokumentiert.

Grußwort des Kuratoriumsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Bundespräsident a. D. Dr. h. c. Walter Scheel

Sehr geehrter Herr Dr. Schütz,
sehr geehrter Herr Stobbe,
Herr Präsident des Abgeordnetenhauses,
meine Damen und Herren Abgeordneten,
Frau Bezirksbürgermeisterin Dr. Ziemer,
meine Damen und Herren
Bezirksbürgermeister,
meine sehr verehrten Damen,
meine Herren,

als Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung möchte ich Sie sehr herzlich begrüßen. Es erfüllt mich mit großer Freude, daß sich so viele Gäste zur Eröffnung der Vortragsreihe unserer Stiftung im Bürgersaal des Rathauses Schöneberg eingefunden haben. Der Berliner Morgenpost gilt mein Dank für ihre freundliche Unterstützung durch eine Medienpartnerschaft.

Ganz besonders herzlich begrüße ich den Referenten des heutigen Abends, den früheren Regierenden Bürgermeister Dr. Klaus Schütz.

Vor etwas mehr als einem Jahr haben wir uns hier versammelt, um des 25. Jahrestages der Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt zu gedenken. Mit dieser Festveranstaltung hat sich die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung der Öffentlichkeit erstmalig vorgestellt.

Mit Genugtuung kann ich feststellen, daß die Aufbauphase der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung nunmehr abgeschlossen ist: Die Stiftung hat im vergangenen Jahr ihre volle Arbeitsfähigkeit erreicht.

1997 konnten wir daher eine Reihe bedeutender Projekte in Angriff nehmen. Ich möchte an erster Stelle das Projekt einer Willy-Brandt-Edition nennen. Mit großer Spannung warten die Wissenschaft und die historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit auf einen Einblick in den umfassenden Nachlaß des sozialdemokratischen Politikers. Unser zehnbändiges Editionsprojekt trägt den Namen „Willy Brandt – Berliner Ausgabe“. Es wird alle Themenbereiche be-



Foto: Landesbildstelle Berlin (WBA AdS/FES)

Bundesminister Walter Scheel besucht 1964 zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister, Willy Brandt, die Deutsche Industrie-Ausstellung in Berlin

rühren, die einen Bezug zum Leben und Wirken Willy Brandts haben – von der Zeit im Exil über sein Wirken als Regierender Bürgermeister in Berlin, seine Politik als Bundeskanzler bis hin zur Rolle und Bedeutung Willy Brandts als Parteivorsitzender der SPD und Präsident der Sozialistischen Internationale. Die Namen der künftigen Herausgeber, der Professoren Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler, sprechen für sich. Die Dokumente werden es dem Leser ermöglichen, sich eingehend mit Willy Brandt und mit seinem politischen Denken und Wirken vertraut zu machen und auseinanderzusetzen.

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung hat – über die Vorbereitung der wissenschaftlichen Arbeiten hinaus – ihre Angebote im Bereich der politischen Bildung ausgeweitet. Unsere Ausstellungsführungen und Diskussionsrunden, Seminare und Fortbildungsveranstaltungen richten sich an interessierte Bürger, Lehrer und Schüler. Die Stiftung will dabei ein Ort der Begegnung, der Diskussion und des Austausches von Erfahrungen sein.

Der heutige Abend ist mit einem festlichen Ereignis ver-

bunden. Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung, ich habe – wie auch meine Kollegen im Kuratorium und die Mitglieder des Vorstandes der Stiftung – die Entscheidung außerordentlich begrüßt, den Bürgersaal in „Willy-Brandt-Saal“ umzubenennen.

Die Wertschätzung, die Sie Willy Brandt entgegenbringen, ist zugleich eine Ermutigung für unsere Arbeit. Ich möchte Ihnen für Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung danken, die unsere Zusammenarbeit seit dem Einzug der Stiftung in das Rathaus Schöneberg geprägt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vortragsreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung soll künftig ein Forum bieten, auf dem Zeitzeugen, Politiker und Wissenschaftler Fragen und Themen der Zeitgeschichte und der aktuellen Politik aufgreifen können. Die Themen der Vorträge werden sich vornehmlich auf das Leben und Wirken Willy Brandts beziehen und sollen dazu beitragen, daß sein Einsatz für Frieden, Freiheit und Einheit des deutschen Volkes, für Demokratie und für die Verständigung unter den Völkern dauerhaft gewürdigt wird.

Das Thema für den ersten Vortrag unserer Reihe wurde mit Bedacht gewählt: Es geht um Willy Brandts Bedeutung für Berlin und die Auswirkungen seiner Politik für diese Stadt auf Gesamtdeutschland und Europa. Es wird deutlich, daß – von Berlin ausgehend – eine tragfähige und dauerhafte Grundlage für den Aufbau der inneren und äußeren Stabilität, den Ausbau des Wohlstandes und die Sicherung der Freiheit unseres Gemeinwesens, der Bundesrepublik Deutschland, geschaffen worden ist.

Sehr geehrter Herr Dr. Schütz, Willy Brandt hat Sie bereits als jungen Mann in seinen Bann gezogen. Hier im Rathaus Schöneberg gehörten Sie – gemeinsam mit Egon Bahr, Heinrich Albertz und Dietrich Spangenberg – zu seinen engsten Mitarbeitern. Sie haben die neue Ost- und Deutschlandpolitik, die fundamentale Auswirkungen auf die Geschichte unseres Landes und das Schicksal unserer Nation haben sollte, mitkonzipiert und mitgestaltet.

Als Willy Brandt 1966 als Bundesaußenminister in das Kabinett Kiesinger eintrat, haben Sie mit Erfolg die große Lücke geschlossen, die in Berlin entstand.

Von 1967 bis 1977 lenkten Sie als Regierender Bürgermeister maßgeblich die Geschicke dieser Stadt. Die Bundesregierung konnte stets auf Ihre loyale Unterstützung zählen. Umgekehrt hat sich die Bundesregierung bemüht, Ihnen stets ein verlässlicher Partner zu sein und die Interessen der Stadt im In- und Ausland zu vertreten.

Um unsere geteilte Nation in ihrem Bestand zu wahren, gab es damals nur einen Weg: die Mauer durchlässiger zu machen und das Schicksal der Menschen im anderen Teil Deutschlands zu erleichtern.

Die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt – der ich seinerzeit als Bundesaußenminister angehörte – wollte die Folgen der deutschen Teilung lindern und einen eigenen Beitrag zur globalen Entspannungs- und Friedenspolitik leisten. Das Ziel dieser Politik kann nicht besser ausgedrückt werden als durch den Text des „Briefes zur deutschen Einheit“ vom 12. August 1970, der von deutscher Seite dem Moskauer Vertrag beigegeben wurde. Die Bundesregierung stellte in dem Schreiben fest, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik

Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“

Fast zwanzig Jahre später, als Hans-Dietrich Genscher auf dem Balkon der bundesdeutschen Botschaft in Prag den dort auf eine Ausreise in die Bundesrepublik wartenden Menschen aus der DDR bekanntgab, daß die Grenzen geöffnet werden, war dieses Ziel erreicht. Und es war das deutsche Volk, genauer: Es waren die Bürger der DDR, die in freier Selbstbestimmung die Einheit der Deutschen wiedererlangten. Man sollte den Bürgern der ehemaligen DDR immer wieder sagen, daß sie es waren, die diese friedliche Revolution zum Erfolg führten.

Es würde ihrem verletzten Selbstwertgefühl wohl tun.

Der Status quo in Berlin war in den Jahren bis zum Mauerfall dadurch gesichert worden, daß die Ratifizierung des Moskauer Vertrages vom vorherigen Abschluß des Viermächte-Abkommens über Berlin abhängig gemacht wurde.

In Ihrer Amtszeit als Regierender Bürgermeister haben Sie, Herr Dr. Schütz, sich dafür ein-

gesetzt, West-Berlin noch stärker an die Bundesrepublik zu binden. Zugleich wollten Sie die Stadt aus ihrer „Insellage“ herausführen und zu dem Modell einer „normalen Stadt“ machen.

Wenn auch der politische Handlungsspielraum hier in der Viermächte-Stadt Berlin für Sie – wie auch für die Bundesregierung – begrenzt war, so haben Sie mit Ihrer nüchternen und pragmatischen Politik nachhaltig darauf hingewirkt, trotz der Schwierigkeiten der europäischen Realität das Bestmögliche für Berlin zu erreichen.

Berlin sind Sie stets treu geblieben. Daran änderten auch nichts Ihre ehrenvolle Ernennung zum Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel im Jahre 1977 und Ihre späteren Tätigkeiten als Intendant der Deutschen Welle und als Direktor der 1987 neugeschaffenen Landesanstalt für Rundfunk in Nordrhein-Westfalen.

Die Menschen in der Hauptstadt sehen in Ihnen eine Integrationsfigur. Ihr Rat und Ihre Unterstützung sind hoch geschätzt. Als Präsident des Deutschen Roten Kreuzes Berlin und als Ombudsmann der Berliner Zeitung genießen Sie das Vertrauen der Bürger und setzen sich mit großem Engagement

für die Rechte des Einzelnen und für das Wohl der Allgemeinheit ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe meinen ersten Besuch als Bundespräsident in Berlin im Juli 1974 – zwei Monate nach meiner Amtseinführung – noch in lebhafter Erinnerung. Damals wurde ich durch Sie, sehr geehrter Herr Dr. Schütz, als Regierendem Bürgermeister hier im Rathaus Schöneberg empfangen. Während dieses Besuches drückte ich meine Hoffnung aus, daß Berlin alle Chancen, die sich aus seiner Vergangenheit, aus der Vitalität seiner Bürger und seiner geo-

graphischen Lage ergäben, nutzen möge, um sich in einer Phase der Entspannung und des Friedens schöpferisch zum Nutzen aller zu entfalten.

Willy Brandt hat, wie in seinen Erinnerungen nachzulesen ist, darüber hinaus prophezeit: „Die Mauer wird fallen, und Berlin wird leben.“

Die Geschichte hat Willy Brandt recht gegeben, und damit hat sich auch meine Hoffnung für Berlin in weitaus stärkerem Maße erfüllt, als ich es damals zu hoffen wagte.

Ich danke Ihnen.

Grußwort des Vorstehers der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Schöneberg

Rainer Kotecki

Sehr geehrter Herr Dr. Scheel, sehr geehrter Herr Dr. Schütz, sehr geehrte Frau Dr. Ziemer, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Am 5. März 1997 beschloß die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Schöneberg mehrheitlich, den Bürgersaal des Rathauses, der in der Zeit von 1949 bis 1993 von der Stadtverordnetenversammlung und vom Abgeordnetenhaus als Plenarsaal genutzt wurde, in Willy-Brandt-Saal umzubenennen.

Das Wirken von Willy Brandt für Berlin und für Deutschland wird bereits durch die Dauerausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im hiesigen Rathaus angemessen dargestellt und wird mit der heute beginnenden Vortragsreihe der Stiftung entsprechend gewürdigt.

Um Wiederholungen zu vermeiden, werde ich auf längere Ausführungen verzichten und

lediglich aus dem Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung zitieren:

„Der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin hat durch sein persönliches Wirken in neun Jahren Amtszeit in höchstem Maße die Berliner Geschichte geprägt. Sein weltweit bedeutungsvoller Name hat bislang in Schöneberg keine Würdigung gefunden. Im Zusammenhang mit John F. Kennedy als weltpolitischen Weggefährten ist eine Würdigung Willy Brandts durch eine Umbenennung des geschichtsträchtigen ‚Bürgersaals‘ sinnvoll und angemessen.“

Meine Damen und Herren, ich freue mich, daß das Bezirksamt die Eröffnung der Vortragsreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung zum Anlaß nimmt, den Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung umzusetzen.



Foto: unbekannt (WBA AdsD FES)

Willy Brandt eröffnet am 31. August 1958 die Große Polizeischau im Berliner Olympiastadion

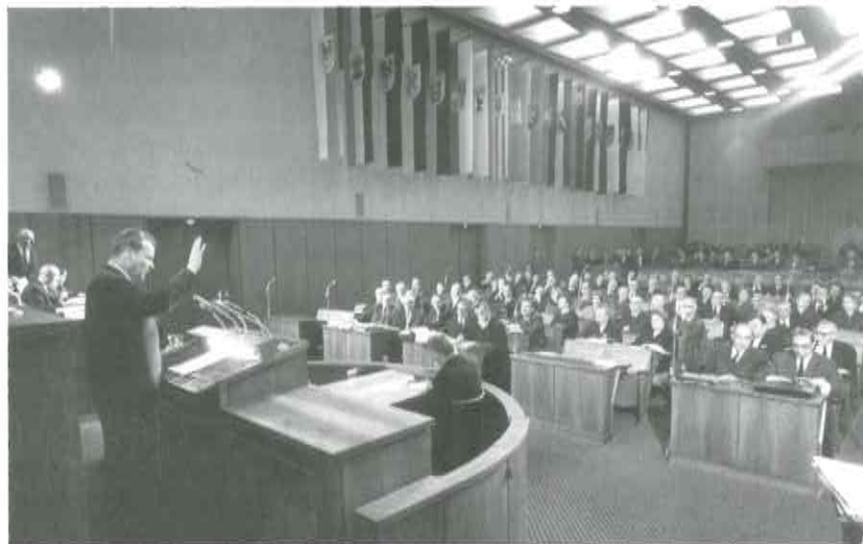


Foto: Landesbildstelle Berlin (WBA AdsD FES)

Willy Brandt am 15. Dezember 1965 in der Debatte über den Haushaltsplan 1966 vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin

Zur Umbenennung des Bürgersaals in Willy-Brandt-Saal Rede der Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Schöneberg

Dr. Elisabeth Ziemer

Willy Brandt, meine Damen und Herren, wird ab heute als Namengeber mit diesem Saal verbunden sein, einem Saal, der nach seiner Neugestaltung durch den Architekten Siegfried Kolbe wieder seiner ursprünglichen Nutzung und damit der Öffentlichkeit übergeben worden ist: als Theater- und Tanz-, Konzert-, Fest- und – wie heute abend – als Vortragssaal. Erlauben Sie mir vor seiner Umbenennung einen kurzen Abstecher in die Geschichte, die diesen Raum und Willy Brandt vor Jahrzehnten zusammenbrachte.

Als am Sonnabend, dem 12. Mai 1917, das neue Rathaus der selbständigen Stadt Schöneberg offiziell eingeweiht wurde, war Willy Brandt gerade dreieinhalb Jahre alt und hatte die ersten Schritte auf dem Weg zur sozialistischen Arbeiterjugend getan. Diese Arbeiterjugend hätte die Hoffnung des damals hier amtierenden Oberbürgermeisters Dominicus sicherlich äußerst skeptisch kommentiert, in diesem Festsaal bald mit den siegreich heimkehrenden Schö-

neberger Kämpfern eine Friedensfeier veranstalten zu können.

Sie bemerken, daß bis hierher die beiden Fäden der Geschichte – Saal und Willy Brandt – noch etwas lose nebeneinander herwehen, aber wir bekommen sie gleich zu fassen, denn ein zweiter Krieg, der einiges – jedenfalls aus der Erklärungsperspektive jener, die ihn vorantrieben – mit dem ersten zu tun hatte, und der Sieg über Nazideutschland brachten Willy Brandt 1947, also dreißig Jahre später, nach Berlin. Als Presseattaché der norwegischen Vertretung beim Alliierten Kontrollrat rückte er mit seinem journalistischen Arbeitsplatz schon ganz in die Nähe dieses Gebäudes.

1948, nachdem die politische Teilung der Stadt und die Blockade der Westsektoren die Stadtverordnetenversammlung zum Auszug aus dem Stadthaus gezwungen hatten, fand sich ein neuer, zunächst provisorischer Tagungsort im Rathaus Schöneberg. In der Zwischenzeit war

Willy Brandt wieder deutscher Staatsbürger geworden, hatte seinen im Widerstand und Exil genutzten Decknamen offiziell angenommen, war in den Landesvorstand der Berliner SPD gewechselt und wurde bei der Wahl am 3. Dezember 1950, an achter Stelle der Landesliste der SPD stehend, zum Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt.

Damit sehen wir ihn nun endgültig in dieses Haus, in diesen Saal einziehen, den kurz zuvor das „Theater am Nollendorfplatz“ unter Protest zugunsten der politischen Bühne hatte räumen müssen.

Schon die erste Rede, die Brandt hier als Abgeordneter am 15. März 1951 hielt, belegt, wie eindeutig und vehement er von Beginn seiner parlamentarischen Tätigkeit an Partei für die Interessen Berlins vor dem Hintergrund einer gesamtdeutschen Politik ergriffen hat. Willy Brandt führte laut Plenarprotokoll folgendes aus:

„Am 21. Oktober 1949, vor anderthalb Jahren, hat der Deutsche Bundestag fast einstimmig beschlossen, die Regierung möge ihm vierteljährlich Bericht darüber erstatten, was sie getan habe, um Aufträge und Behörden

nach Berlin zu verlegen.“ Und er fuhr fort: „Weiter erleben wir, wenn über diese Dinge debattiert wird, in der Bundesrepublik eine Bequemlichkeit, die sich häufig als schlecht getarnte Feigheit darstellt, nämlich das Argument, man könne den Beamten nicht zumuten, nach Berlin, auf diese gefährvolle Insel, überzusiedeln. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)“

Zweifel an dem Argument, die Kosten eines Umzugs wären zu hoch, sowie das Bemühen um die Schaffung von Arbeitsplätzen und die gesamtdeutsche Verpflichtung bestimmten seinen Debattenbeitrag. Brandt schloß mit dem Appell an die Bundesregierung, zu beweisen, daß sie es mit dem Ringen um die deutsche Einheit tatsächlich ernst meine.

So frisch manche dieser Stichworte klingen, ein bißchen weiter sind wir seit jenem März 1951 denn doch gekommen – die gefährvolle Insel ist zumindest keine Insel mehr, die Bundesbaustellen sind fortgeschritten, und viele Bonner Beamte trifft man neugierig auf Wanderungen durch die Stadt.

Meine Damen und Herren, daß der Bürgersaal des Rathauses Schöneberg, in dem Willy

Brandt für Berlin und die Interessen der Bevölkerung beider Deutschlands stritt, nun seinen Namen tragen wird, liegt also

ganz in der Logik dieses Ortes und seiner Geschichte.

Hiermit heißt der Bürgersaal ab jetzt Willy-Brandt-Saal.



Foto: Landesbildstelle Berlin (WBA AdSD FES)

Willy Brandt 1964 im Gespräch mit dem amerikanischen Justizminister, Robert F. Kennedy, im Hintergrund Klaus Schütz und Egon Bahr

Es ging um Deutschland und Europa Willy Brandt und seine Politik für Berlin 1957 bis 1966 Vortrag des Regierenden Bürgermeisters a. D.

Dr. h. c. Klaus Schütz

Nicht selten ist zu hören, Willy Brandt habe in der Zeit, in der er der Regierende Bürgermeister von Berlin war, sein Gesellenstück abgeliefert. So als ob die Meisterwürde erst später und in Bonn erworben worden ist. Ich widerspreche dem, obwohl ich sehr wohl weiß, daß er dies so ähnlich in seinen Erinnerungen

beschrieben hat. Ich widerspreche, weil ich aus gutem Grunde darauf bestehe, daß im Berlin der Jahre 1957 bis 1966 eine Leistung von herausragendem Wert gefordert war. Und weil ich überzeugt bin, daß Willy Brandt dabei den Herausforderungen jener Jahre auf beispielhafte Weise gerecht geworden ist.

Ernst Reuter – Die Leitfigur

Allerdings in einem besonderen Bezug ist der Hinweis auf Meister und Gesellentum schon verständlich. Denn die Leitfigur der großen Auseinandersetzung, die schon bald nach Ende des Krieges um Berlin begonnen hatte und die dann bis weit in die sechziger Jahre andauerte, diese Leitfigur war eindeutig Ernst Reuter. Er hat der Stadt die Richtung bestimmt. Weit über den Tag hinaus, an dem wir, die Berlinerinnen und Berliner, ihn zu Grabe getragen haben.

de hatte ihm Lucius D. Clay die Lage geschildert: daß die Versorgung der Stadt nicht unbedingt gesichert und der Erfolg der Luftbrücke nicht garantiert sei. Ernst Reuter hat ihm ohne Zögern gesagt: „Herr General, es kann überhaupt keine Frage sein, wo die Berliner stehen. Sie werden für die Freiheit eintreten, und sie werden jede Hilfe, die ihnen geboten wird, dankbar annehmen.“ Das ist die Leitlinie der Berliner Politik geblieben, all die Jahre hindurch.

Zu Beginn der Berliner Blockade

Allerdings gehört dazu noch ein Zweites. Denn die Politik war

damals nicht allein auf Abwehr, nicht nur auf Verteidigung nach außen beschränkt. Da muß ich ein zweites Mal auf Ernst Reuter hinweisen. Bei dem Festakt zur Eröffnung der 750-Jahrfeier Berlins im Jahre 1987 hat Willy Brandt sich an ein Gespräch zu viert erinnert, das 1948 in seiner Wohnung in Halensee stattgefunden hat:

„Gustav Klingelhöfer, der lebenswerte, aus Metz stammende Stadtrat für Wirtschaft, entwickelte seine freiheitliche Vision von dem, was er Europäische Revolution nannte. Paul Löbe, der ehrwürdige Reichspräsident, dann väterlicher Freund im Bundestag, meinte, das wolle alles wohl bedacht sein. Ernst Reuter – noch Verkehrsstadtrat, da als Oberbürgermeister am sowjetischen Veto gescheitert –

Die wirkliche Lage in und um Berlin

Der Rahmen für die Berliner Politik war also klar bestimmt. Es galt, der sowjetischen Bedrohung durch eine klare und feste Position nach außen zu widerstehen; das war zuerst und vor allem der Part, den die drei Schutzmächte auszufüllen hat-

meinte: Sein Beitrag zu Europa müsse sich einstweilen darauf konzentrieren, nach und nach für viele Fenster in den Straßenbahnwagen zu sorgen.“

Zum Engagement der drei Schutzmächte gehörte also von Anfang an ein eigener Beitrag der Berliner. Ein Beitrag, der eben nicht nur in einer Art von passiver Einordnung in gegebene Machtverhältnisse bestand. Die Berliner Politik wollte und mußte durch eigenes Handeln dafür sorgen, daß die durch den Krieg total zerstörte Stadt so bald wie irgend möglich ein Gemeinwesen wird, das gleichermaßen lebensfähig und lebenswert ist. Nur dann würde es gelingen, die außerordentlichen Belastungen zu bestehen, in denen und vor denen Berlin stand.

ten. Und gleichzeitig mußte eine große Stadt aus Trümmern aufgebaut und in ihrer Existenz gesichert werden. Hier waren die politischen Kräfte in der Stadt gefragt.

Ich kann und will keinen Überblick geben über die Ge-

samtentwicklung der Lage in und um Berlin in der Nachkriegszeit. Hier kann lediglich dargestellt werden, daß und wie sich die Berliner Politik in den Jahren von 1957 bis 1966, in denen Willy Brandt an der Spitze des Senats stand, bewährt hat.

Dabei fällt die erste Hälfte der neun Jahre seiner Amtszeit noch voll in die Periode, in der die sowjetische Expansion die internationale Politik bestimmt hat. Bis weit in die sechziger Jahre war die Politik der Machthaber im Kreml nicht an Entspannung und Friedenssicherung orientiert. Und Berlin war einer der Orte, an denen dies – quasi seismographisch – ablesbar war. Erst nach dem Bau der Berliner Mauer und vor allem nach dem Scheitern des kubanischen Abenteuers wurde in der Sowjetunion ein Politikwechsel sichtbar. Und übrigens erst dann ließ auch der Druck auf Berlin nach.

An zwei Punkten ist der Handlungsrahmen der Berliner Politik in der Regierungszeit von Willy Brandt empfindlich getestet worden: beim Chruschtschow-Ultimatum* des Jahres 1958 und beim Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Ich meine: Bei beiden Ereignissen hat sich diese Politik bewährt.

Zum einen: Die Position der

Drei Mächte blieb klar und eindeutig. Das kann ohne jede Einschränkung gesagt werden, soweit es die Reaktion auf das Chruschtschow-Ultimatum betrifft. Im Zusammenhang mit dem Mauerbau hat es allerdings Irritationen darüber gegeben, ob die Westmächte nach dem 13. August 1961 ihre Rechte in ganz Berlin überzeugend genug wahrgenommen haben. Zum anderen: Es gab keine essentiellen Differenzen unter den politischen Kräften in der Stadt. Die Große Koalition von Sozialdemokraten und CDU hat bemerkenswert harmonisch zusammengearbeitet, sie war daher auch besonders erfolgreich. Und drittens: Die Eingliederung Berlins in die Politik der Bundesrepublik Deutschland war vollzogen, sie funktionierte so gut wie reibungslos.

* Der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow forderte die Westmächte im November 1958 ultimativ auf, sich innerhalb von sechs Monaten mit der Sowjetunion über die Umwandlung West-Berlins in eine „selbständige politische Einheit“ zu verständigen. Sollte das Ultimatum nicht befolgt werden, werde er die Kontrolle der westalliierten Zufahrtswege nach West-Berlin den DDR-Behörden übertragen.



Foto: Landesbildstelle Berlin (WBA AdsD FES)

Tagung des Bundesrates am 23. Oktober 1959 in Berlin
Willy Brandt und Senator Günther Klein



Foto: unbekannt (WBA AdsD FES)

Willy Brandt im Gespräch mit einem sowjetischen Offizier
1958 in Karlshorst

Die Rolle der Schutzmächte

Die Drei Schutzmächte haben das Chruschtschow-Ultimatum in Ruhe und mit Klarheit überstanden. Nach Ablauf der Frist sind sie gestärkt aus dem Schlagabtausch über ihre Rechte und Pflichten in Berlin hervorgegangen. Von dem Bau der Mauer sind sie allerdings ebenso überrascht worden wie die deutsche Politik. Kein Nachrichtendienst hat dies vorab gemeldet, zumindest nicht die Art der Absperrung und auch nicht den Zeitpunkt. Die Überraschung war allgemein.

Aber bei ruhiger Prüfung wurde bald deutlich, daß die Drei Mächte in ihren Rechten, soweit sie West-Berlin betrafen, eigentlich nicht tangiert waren. Wenn man so will, hatten sich die Sowjets streng an jene drei Essentials gehalten, die der amerikanische Präsident kurz zuvor zu Berlin verkündet hatte. John F. Kennedy hatte nämlich klargestellt: Die Anwesenheit der Westmächte in Berlin ist unverzichtbar; die Zugangswege von und nach Berlin müssen den Drei Mächten uneingeschränkt offen bleiben; und die Westalliierten werden ihrer Verpflichtung nachkommen, in West-Berlin den „mehr als zwei Millionen

Menschen die Möglichkeit zur Wahl einer eigenen Lebensweise zu erhalten“.

Nach Auffassung vieler Berliner haben damals die Westmächte allerdings ihre Rechte in ganz Berlin nicht überzeugend genug wahrgenommen. Willy Brandt hat ziemlich ungezügelt seinen Zorn darüber geäußert. Er forderte mehr als nur halbblauete Proteste. In einem Brief an John F. Kennedy sagte er: „Sie haben Taten statt Worte gefordert, jetzt will ich Taten sehen.“ Das war schon deftiges Kaliber. So drastisch hatte sich bis dahin noch nie ein Regierender Bürgermeister geäußert. John F. Kennedy sandte zwar eine US-Brigade zur Verstärkung der amerikanischen Garnison an die Spree, und gleichzeitig kam Vizepräsident Lyndon B. Johnson in Begleitung von Lucius D. Clay nach Berlin. Aber mehr und anderes konnte und wollte der Präsident in Washington auch nicht tun.

Der Brief Brandts an Kennedy hatte übrigens eine eher komische Spätwirkung. Der amerikanische Vizepräsident berief sich bei seinem Aufenthalt öfter auf dieses Schreiben. So etwa, als er Schwierigkeiten hatte, in Ber-

lin – wie gewohnt – Reiseandenken zu erstehen. Als er beispielsweise im Schuhhaus Leiser Schuhe kaufen oder bei der Königlichen Porzellan-Manufaktur eine große Bestellung an Aschenbechern aufgeben wollte, konnte ihm nicht sofort und unverzüglich gedient werden. Und wenn dann der Verkäufer seine Entschuldigung stammelte, daß die Sache noch etwas Zeit brauche, dann wies Lyndon B. Johnson lediglich auf Willy Brandt. Denn der habe doch gerade – wie jeder wisse – Taten gefordert statt schöner Worte.

In Wirklichkeit haben weder

Die Große Koalition

Seit dem Beginn einer demokratisch legitimierten Stadtverwaltung gab es in Berlin eine All-Parteien-Regierung. Lediglich nach dem Tod von Ernst Reuter amtierte ein CDU-LDP-Senat mit Walther Schreiber an der Spitze, er hatte aber nur eine kurze Lebensdauer. Als dann die FDP nach der Wahl im Jahre 1954 in die Opposition gegangen war, bildeten CDU und Sozialdemokraten eine gemeinsame Regierung. Und dies, obwohl die sozialdemokratische Mehrheit eindeutig war und es

der zornige Brief des Regierenden Bürgermeisters noch manch andere Emotion etwas an dem Verhalten der Drei Mächte geändert. Tatsächlich muß festgestellt werden: Die Mauer hat nach anfänglichen Konfrontationen ein geregelter Nebeneinander der Sowjetunion mit den Drei Mächten in Berlin nicht behindert. Die Westalliierten haben sich – streng orientiert an den erwähnten drei Essentials von John F. Kennedy – durchgesetzt. Und ihre Rechte sind dann zehn Jahre später im Viermächte-Abkommen von 1972 noch einmal bestätigt worden.

über weitere Wahlen hinweg auch blieb.

Es war eine Zusammenarbeit, die von Zeit zu Zeit auch belastet schien. In Wahrheit hat sie aber ohne große Probleme außerordentlich positiv gearbeitet. Das war so unter Otto Suhr und blieb es auch bei Willy Brandt. Hier ist – wie ich meine – vor allem der Beitrag des CDU-Landesvorsitzenden (1961-1969) und Bürgermeisters, Franz Amrehn, zu nennen. Er und seine Kollegen aus der CDU haben loyal ihre Pflicht getan.

Und dies obwohl es nicht immer leicht war, sich aus einer Minderheit heraus verständlich zu machen und dann auch durchzusetzen.

Es steht – wie ich meine – außer Zweifel, daß gerade in Berlin die Regierungen der Großen Koalition Beachtliches geleistet haben. Der Aufbau West-Berlins praktisch aus dem

Nichts und sein zügiger Ausbau zu einer beachtlichen Metropole, die mitten im kommunistischen Umfeld ihrer Bürgerschaft ein hohes Maß an Lebensqualität ermöglichte, sind das Gesamtergebnis dieser parteiübergreifenden Zusammenarbeit. Ein Ergebnis, auf das beide großen Parteien stolz sein können. Auch heute noch.

Die Verantwortung des Bundes

Mein dritter Hinweis richtet sich auf die Bundesrepublik und ihre Rolle in dieser Zeit. Dabei steht außer Zweifel, daß der Kampf Berlins um seine Freiheit, vor allem aber um seine Lebensfähigkeit nur erfolgreich geführt werden konnte, weil sich die Stadt auf die uneingeschränkte Solidarität der politischen Kräfte der Bundesrepublik Deutschland stützen konnte.

Wenn ich allerdings heute die politischen Debatten richtig verfolge, so hat sich bei einigen darüber ein Urteil verfestigt, das ich falsch, wenn nicht gar bewußt verfälscht nennen will. Es wird so getan, als ob in jenen Jahren, in denen die Stadt um ihre Existenz ringen mußte, die Finanzhilfen aus Bonn nach Berlin nur so gesprudelt wären –

unkontrolliert und ungehemmt.

Das ist natürlich völliger Unsinn. Gerade wenn ich sehr wohl anerkenne, daß Bundesregierung und Bundestag – übrigens unabhängig von jeweiliger Parteienmehrheit – ihre Pflichten gegenüber Berlin voll erfüllt haben, so muß ich doch zweierlei klarstellen. Einmal: Sie haben lediglich das getan, wozu sie sich gegenüber den Drei Mächten und der NATO verpflichtet haben, vertraglich und in vielen politischen Deklarationen. Und zum anderen: Die Bundesrepublik hat das Notwendige getan. Sicherlich nicht weniger, aber auf keinen Fall mehr.

Nebenbei gesagt: Wenn ich hier von Recht und Vertrag spreche, aufgrund derer Bonn seine finanziellen Verpflichtungen ge-

genüber Berlin in all den Jahren des Kalten Krieges erfüllt hat, gestatten Sie mir einen aktuellen Bezug. In den Jahren der Spaltung der Stadt sind die Subventionen und der jeweilige Haushaltszuschuß zwischen Bonn und Berlin in unterschiedlichen Formen abgewickelt worden. Eine dieser Formen war – daran sollten wir uns auch heute noch erinnern – die Zustimmung des Bundes zur Schuldenaufnahme durch das Land Berlin. Am Ende des Kalten Krieges, zur Zeit der Wende in der damaligen DDR also, beliefen sich diese Schulden Berlins auf etwa 19 Milliarden Mark. Richtig verstanden: Das sind 19 Milliarden D-Mark, die in Wahrheit Position für Position Teil der Verpflichtungen des Bundes aus vielen Jahren für die Verteidigung Berlins waren. Und mir ist immer noch nicht klar, warum diese sogenannten Schulden, die tatsächlich Alt-Lasten des Kalten Krieges sind, so ohne weiteres auf das wiedervereinigte Land Berlin übertra-

Der 13. August 1961

Der einschneidendste Vorgang in dieser Periode war unzweifelhaft der Bau der Mauer. Das betrifft die Wirkung direkt in Ber-

gen werden konnten.

Allerdings: Wenn von Solidarität gegenüber Berlin die Rede ist, so mache ich bewußt eine Einschränkung. Ich meine: Wir hätten in diesen Jahren mehr Mitdenken und aktives Mithandeln von Seiten der deutschen Wirtschaft bekommen müssen. Mehr jedenfalls als das, was Berlin dann wirklich erhalten hat an Investitionen und an Führungskräften.

Ich will das nicht weiter ausführen. Aber für einen Großteil der deutschen Wirtschaft war Berlin damals nun wirklich nur eine „verlängerte Werkbank“ gewesen. Ich möchte aber nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß es gerade in dieser Zeit auch positive Beispiele in beachtlicher Zahl gab – viele kleinere und nicht wenige mittlere Betriebe. Und es gab die Berliner Schering AG mit ihrem machtvollen und überzeugenden Engagement hier in der Stadt – gerade in schwerer Zeit.

lin ebenso wie die Reaktionen auf internationaler Ebene, und beides weit über den August 1961 hinaus. Wenn ich die Dis-



Foto: Landesbildstelle Berlin (WBA AdasD FES)

Willy Brandt und der amerikanische Justizminister, Robert F. Kennedy, am 23. Februar 1962 an der Berliner Mauer

kussion darüber jetzt – also Jahrzehnte danach – richtig überblicke, so ist sie zuerst und vor allem bestimmt von der Wirkung dieser Maßnahmen auf die Menschen in Ost-Berlin und in der DDR. Das ist verständlich; schließlich waren sie die Eingesperrten. Nur wird dabei übersehen, welchen Eindruck der Mauerbau damals auf die Bewußtseinslage im Westteil der Stadt hatte. Der 13. August 1961 hat nämlich einen katastrophalen Einbruch verursacht in das, was wir die politische „Moral“, die politische Grundstimmung der West-Berliner nennen.

Zuerst und vor allem war das Zutrauen in die Entschlossenheit und die Entscheidungskraft der Drei Mächte betroffen. Die Enttäuschung darüber war groß, daß sie nichts tun wollten oder daß sie nichts tun konnten. Die Wirkung dessen war außergewöhnlich. Ich will das nicht im Detail schildern. Zwei Hinweise sollen genügen: Die Grundstückspreise sanken ins Bodenlose, die Möbeltransporte aus West-Berlin heraus vervielfachten sich. Das Vertrauen in die Zukunft der Stadt erreichte einen Tiefstand, der eigentlich nicht mehr unterschritten werden konnte.

Es sollte auch nicht vergessen werden, daß an der Mauer

permanent geschossen wurde. Noch ein Jahr später – am 17. August 1962 – wurde Peter Fechter angeschossen. Drei DDR-Grenzposten standen mit Maschinenpistolen im Anschlag tatenlos neben dem allmählich Verblutenden. Niemand durfte helfen. Erst eine Stunde nach den Schüssen wurde er abtransportiert – viel zu spät, um noch sein Leben zu retten. Die Erregung in der Stadt war groß. Willy Brandt hat vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin an die Polizisten der DDR appelliert:

„Es gibt in Wirklichkeit nur einen Ausweg, wo immer möglich, die Befehle zu umgehen, durch die man Deutsche zu Mördern an Deutschen macht, und wo es gar nicht geht, – vorbeizuschießen und vor allem sich nicht zu vergehen am Leben und an der Gesundheit derer, denen es nicht gelungen ist, den Weg zu Verwandten oder zu den Freunden zu erreichen. Der Schießbefehl ist völkerrechtswidrig. Er verstößt gegen die Menschenrechte. Er verstößt sogar gegen die geschriebene Verfassung des Gebildes, das sich DDR nennt.

Es ist also Rechtens, diesen Schießbefehl zu umgehen.“

Das war original Willy Brandt. Ich zitiere es so ausführlich, um denen zu widersprechen, die heute noch die DDR zu einer Art menschenfreundlichen Nachwächterstaat hochstilisieren wollen. Nein: Die DDR war kein Staat mit guten Absichten und falscher Politik. Sie war ein Unrechtsstaat, wie er im Buche steht. Ich bleibe dabei: Die Morde an der Mauer waren Verbrechen, und Mörder müssen bestraft werden.

Drastische Schritte waren damals also gefordert. Nur welche? Die Frage blieb eigentlich unbeantwortet. Der Regierende Bürgermeister hatte in seinem Brief vom 16. August 1961 an John F. Kennedy zwar davon gesprochen, daß „uns allen das Risiko letzter Entschlossenheit nicht erspart bleiben“ wird. Aber so beeindruckend waren seine vier Forderungen dann auch nicht. Eine Verstärkung der amerikanischen Garnison; ein deutliches Hervorheben der Drei-Mächte-Verantwortung für West-Berlin; ein klarer Hinweis darauf, daß die deutsche Frage weiter als unerledigt gelte und daß eine Friedensregelung noch ausstehe; Schritte, um das Berlin-Pro-

blem vor die Vereinten Nationen zu bringen.

Viel ist daraus auch nicht geworden. Wie schon erwähnt, verlegte die amerikanische Armee eine Brigade nach Berlin. Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten kam angereist, und General Clay nahm für längere Zeit permanenten Wohnsitz in Berlin. Solidaritätsadressen wurden veröffentlicht. Die internationalen Proteste waren beeindruckend. Gleichzeitig wurden auf deutscher Seite zusätzlich ein Programm von Wirtschaftshilfen und ein Sonderfond für kulturelle Aktivitäten geschaffen. Und Konrad Adenauer hatte einen Vorschlag eigener Art. Er wollte jedem Einwohner West-Berlins 100 D-Mark geben. Einige fanden dies „entwürdigend“. Aber dann haben wir uns doch alle diese „Zitterprämie“ abgeholt.

Tatsächlich ist das Stimmungstief wieder aufgefangen worden. Der Durchbruch zum Positiven war sicherlich der Berlin-Besuch des amerikanischen Präsidenten am 26. Juni 1963. Für mich: auch heute noch ein bemerkenswertes Ereignis. Wir, die wir dabei waren, wir werden diesen Tag und diesen John F. Kennedy nicht vergessen.



Foto: Landesbildstelle Berlin (WBA AdsD FES)

Willy Brandt empfängt am 26. Juni 1963 den amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, vor dem Rathaus Schöneberg



Foto: Landesbildstelle Berlin (WBA AdsD FES)

Jahrestag des Mauerbaus – Willy Brandt und Bezirksbürgermeister Helmuth Mattis 1964 an der Sektorengrenze

Eine neue Politik

Ohne Zweifel war der Bau der Berliner Mauer ein Wendepunkt im internationalen Kräftespiel. Wenn auch die eigentlichen Veränderungen der Lage weltweit erst später registriert worden sind. Dazu mußte die Sowjetunion erst noch ihr Kuba und manches mehr absolvieren. Aber dann war international eine neue Politik gefragt. Auch in Berlin.

Hier kam es nun verstärkt zu Auseinandersetzungen unter den großen Parteien, auch über Fragen, die bisher unumstritten waren. Willy Brandt war für die Bundestagswahl des Jahres 1961 der Kanzlerkandidat der SPD geworden. Und so gerieten die Berliner Parteien stärker in Gegensätze, als der Regierende Bürgermeister im Bundeswahlkampf ungezügelt mit Verleumdungen überzogen wurde. Die Reibereien verstärkten sich, als Egon Bahr von einer „Politik der kleinen Schritte“ sprach. Und sie brachen in offene Konfrontation aus, als Willy Brandt am 17. Januar 1963 den sowjetischen Parteichef, Nikita Chruschtschow, in Ost-Berlin

sehen wollte und die Berliner CDU dem widersprach.

Was immer den letzten Ausschlag gegeben hatte, will ich dahingestellt lassen. Jedenfalls nach der Wahl am 17. Februar 1963 wurde die Große Koalition nicht wieder erneuert. Die Sozialdemokraten und die FDP mit Hans-Günther Hoppe an der Spitze gingen ein sozialliberales Bündnis ein. Gerade im Rückblick ist der Zerfall der Großen Koalition in Berlin verständlich. Denn die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden großen Parteien waren wohl – angesichts der Aufgaben, die es jetzt zu bewältigen gab – verbraucht. Die Union ging in die Opposition. Mit einer politischen Grundhaltung, die sicherlich konsequent wirkte, die aber falsch war. Sie hat über Jahre hinweg beharrlich alle Schritte abgelehnt, die auf Abbau von Spannungen und auf ein geregeltes Nebeneinander mit der DDR gerichtet waren. Von der Passierschein-Regelung bis zum Viermächte-Abkommen über Berlin.

Das Passierschein-Abkommen von 1963

Der Senat, der im Frühjahr 1963 gebildet wurde, hat auf vielen Gebieten die Politik früherer Jahre fortgesetzt. Vor allem da, wo es um die innere Konsolidierung der Stadt ging. Und er hat sich verstärkt darum bemüht, die besonders unmenschlichen Begleiterscheinungen der Spaltung zu überwinden. Das Ergebnis war das spektakuläre Passierschein-Abkommen für Weihnachten 1963.

In diesem Abkommen haben die Regierung der DDR und der Senat von Berlin sich wechselseitig anerkannt. Sie haben diese Anerkennung allerdings mit einem verfahrensmäßigen Trick kaschiert. Sie haben sich in der Form einer sogenannten „Salvatorischen Klausel“ wechselseitig bestätigt, daß sie die Begriffe und Bezeichnungen der

Berlin – Eine Erfolgsgeschichte

Wenn wir heute – dreißig Jahre und mehr danach – Bilanz ziehen, dann können wir feststellen: Die Geschichte des freien Berlin in jenen Jahren war letztendlich ein einziger und ein dauerhafter Erfolg. Sicherlich: Es gab viele Rückschläge und so manche

jeweils anderen Seite nicht akzeptierten. Das Abkommen war möglich, weil die Bundesregierung unter Ludwig Erhard ihm zugestimmt hat. Und auch der sonst so strenge Axel Springer hat damals mitgeholfen, daß es dann ein so überwältigender Erfolg geworden ist.

Das Passierschein-Abkommen vom 17. Dezember 1963 hat die Menschen im geteilten Land zusammengebracht. Und die Emotionen, die dadurch freigesetzt wurden, haben weit über Berlin hinaus gewirkt. Das Abkommen selbst ist – richtig gesehen – das erste Dokument jener neuen Politik, die Jahre später zu den Verträgen der Bundesrepublik mit Warschau und Moskau und zum Viermächte-Abkommen über Berlin geführt hat.

Fehlentscheidung. Nicht selten überwogen Zweifel, ob Berlin es schaffen würde. Und die Prognosen waren nicht immer günstig. Schließlich war – das sollte nicht vergessen sein – die sowjetische Expansionspolitik keine Fiktion, sondern sehr real.

Nur: Das freie Berlin war und blieb der Leuchtturm der Freiheit und das Schaufenster der freien Welt mitten im kommunistischen Meer.

Das aber ist nicht vom Himmel gefallen. Bei allem schuldigen Respekt vor den Drei Schutzmächten und vor dem Beitrag der Bundesrepublik Deutschland sage ich: Das hat sich Berlin selbst erarbeitet.

Nun weiß ich auch: Ein Erfolg hat viele Väter. Und in der Tat: Hier in Berlin haben viele zum Ergebnis beigetragen, auf unterschiedlichen Ebenen und in vielfältiger Verantwortlichkeit. Aber es ist eindeutig: Ohne eine Führung, die klar und wirklichkeitsorientiert den Weg bestimmte, wäre diese Geschichte nicht so geschrieben worden. Es war Willy Brandt, der hier in Berlin in jenen Jahren den Kurs bestimmt hat. Er hat sich dabei auf außergewöhnliche Weise auf das Vertrauen der Berlinerinnen und Berliner stützen können.

Als ihm am 10. Dezember 1971 der Nobelpreis für den Frieden übergeben wurde, sprach Aase Lionäs, die Vorsitzende des norwegischen Nobel-Preis-Komitees, von der „inne-

ren Überzeugung, daß eine Niederlage für das freie Berlin den Keim einer Niederlage für den Frieden Europas“ bedeutet hätte. Und sie hat hinzugefügt: „Als Regierender Bürgermeister von Berlin in kritischen Situationen, in einer Stadt, in deren Mitte 1961 die Mauer errichtet wurde, zeigte Willy Brandt Beherrschung und Mut – ich möchte annehmen, oft den Mut der Verzweiflung –, die Berlin vor dem Risiko einer Katastrophe in großen Dimensionen bewahrt haben.“ Und John F. Kennedy hat sich bei seiner großen Rede vor dem Schöneberger Rathaus am 26. Juni 1963 zu diesem Berlin mit den Worten bekannt: „Denn ich weiß von keiner Stadt, die 18 Jahre belagert wurde und die dennoch mit ungebrochener Vitalität, mit unerschütterlicher Hoffnung, mit der gleichen Stärke und mit der gleichen Entschlossenheit lebt wie heute West-Berlin.“

Lassen Sie mich schließen mit einem Gedanken, der vielleicht dem einen oder anderen altmodisch erscheinen mag: Wie viele Berlinerinnen und Berliner bin ich stolz darauf, dabei gewesen zu sein.



Foto: Bankhardt/Telegraf (WBA AdSD FES)

Als Landesvorsitzender der Berliner Sozialdemokraten besucht Willy Brandt 1960 das Büro der SPD Friedrichshain im Ostteil der Stadt

**Artikel des Präsidenten
des Berliner Abgeordnetenhauses, Willy Brandt,
für das „Hamburger Journal“***

Es hat sich herumgesprochen, daß bei weitem nicht alle Berliner mit Spreewasser getauft wurden. Ernst Reuter kam aus Friesland, Louise Schroeder aus Altona, Otto Suhr aus Oldenburg, ich selbst aus Lübeck. Von Zeit zu Zeit sieht man sich dann vor die Frage gestellt, wie man eigentlich Berliner geworden sei.

Ich habe es, ehrlich gesagt, in meiner frühen Jugend zwar nicht für unmöglich gehalten, daß ich einmal dem Reichstag angehören würde. Aber daß die große Stadt auf mich eine Anziehungskraft ausgeübt hätte, das kann ich nicht behaupten. Im Gegenteil, die Riesenstadt blieb mir fremd. Ich konnte sie ja auch bei ein paar flüchtigen Besuchen gar nicht richtig kennenlernen.

Nach dem Krieg kam ich dann mit einem Auftrag, mit

einer Aufgabe, nach Berlin. Und es vergingen Jahre, bis ich mich fragen konnte, ob es mir denn hier gefiele zwischen all den Ruinen, inmitten des ganzen Elends und angesichts des Schlagschattens einer neuen Zwangsherrschaft. Jahre waren, wie gesagt, vergangen. Inzwischen hatte ich zur Selbstschau einfach keine Zeit gehabt. Die Aufgabe, unter zunächst hoffnungslos erscheinenden Bedingungen aufzubauen und die Herausforderung einer neuen Diktatur abwenden zu helfen, hatte mich gefangen. Und dabei war ich eben Berliner geworden.

Dieses Berlin, in das ich hineinwuchs, bewährte sich als weltoffene Stadt mit starken moralischen Reserven und geistigen Impulsen. Hier empfanden wir um uns herum die Bereitschaft, aus den Fehlern

* Der Text ist ohne Änderungen aus dem Sonderheft 1957 des Hamburger Journals entnommen, das anlässlich der Berlin-Woche in der Hansestadt an der Elbe erschien. Es handelt sich um die gekürzte Fassung eines handschriftlichen Manuskripts Willy Brandts vom 11. Februar 1957 mit dem Titel „Wie ich Berliner wurde“, das im Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Publizistische Äußerungen, Mappe 80) überliefert ist.

der Vergangenheit zu lernen. Gewiß, manche Erkenntnisse und Gelöbnisse der schwersten Zeit wurden auch bei uns verschüttet, und dennoch spüren wir immer wieder, daß das Herz dieser großen Stadt, der Hauptstadt Deutschlands, nicht zu schlagen aufgehört hat.

Das alles wäre nicht denkbar gewesen ohne die Sonderlage Berlins, die sich zum Guten wie zum Bösen ausgewirkt hat. Es wäre aber auch nicht möglich gewesen ohne die Menschen dieser Stadt, ohne die unverzagten, fleißigen und hellen Berliner. Die Spree-Athener sind bei anderen deutschen Stämmen

nicht immer beliebt gewesen, und sie sind es vielleicht auch jetzt noch nicht. Und doch weiß jeder Wahlberliner, wie liebenswert dieser Menschenschlag ist, der Außenstehenden zunächst vorlaut und schnoddrig erscheinen mag. Außerdem: es gibt kaum eine Stadt, die jeden so freundlich aufnimmt, der dazu gehören will.

Wie ich Berliner wurde? Weil ich mich hineingestellt sah in eine Stadt, die in besonderem Maße eine Idee verkörpert, große Aufgaben stellt und ernste Verpflichtungen auferlegt.

Willy Brandt

Schriften der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (Hrsg.).

1. Aufl. – Berlin 1998

(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; Heft 1)

ISSN 1434-6176

ISBN 3-933090-00-8

Willy Brandt 1913 – 1992

Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs

im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz.

1. Aufl. – Berlin 1996

ISBN 3-931321-21-5

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg in Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das politische Wirken Willy Brandts zu wahren und seinen lebenslangen Einsatz für Frieden, Freiheit und Einheit des deutschen Volkes, für die Sicherung der Demokratie und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu würdigen. Damit leistet sie im Rahmen ihres politischen Bildungsauftra-

ges einen Beitrag zum Verständnis der Geschichte dieses Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.

Die Dauerausstellung „Um die Freiheit kämpfen – Willy Brandt. 1913 – 1992“ im Rathaus Schöneberg ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Donnerstags, samstags und sonntags finden jeweils um 14 und um 16 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

Bildnachweis

Bundesbildstelle (S. 5), Landesbildstelle Berlin (S. 6, 12, 18, 22, 26, 31, 34), Telegraf/Bankhardt (S. 38).

Alle abgedruckten Fotografien stammen aus dem Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Trotz intensiver Recherchen ist es der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung nicht gelungen, zu allen in diesem Heft abgedruckten Bildern die Fotografen bzw. Inhaber der Bildrechte zu ermitteln. Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung fordert daher diejenigen, die Rechte an den abgedruckten Fotografien geltend machen können, ausdrücklich dazu auf, sich mit ihr in Verbindung zu setzen.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitstitelaufnahme

Politik für Berlin – Willy Brandt 1957 - 1966: Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin / [Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ; Carsten Tessmer]. – 3. Aufl. – Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 1999 (Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; H. 2) ISBN 3-933090-01-6